

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 24 35
Fax (0202)	563 8055
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	25.07.12

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg am 22.01.2004

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Frau Renate Bente , Herr Burkhard Josef Buse , Herr Daniel Eichler , Frau Heike Grüter , Herr Herbert Grüter , Herr Hans-Joachim Lüppken , Herr Josef Maaßen , Herr Wolfgang Sacré ,

von der SPD-Fraktion

Frau Rita Braunersreuther , Frau Gabriela Ebert , Herr Guido Gehrenbeck , Herr Helfried Haarbeck , Frau Rosemarie Hundeshagen , Herr Ulrich Ippendorf c/o Arbeiterwohlfahrt-Kreisv. , Herr Winfried Schrahe ,

von der FDP-Fraktion

Frau Charlotte Weillbrenner ,

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß ,

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Gerd Teichmüller ,

Schrittführer / in:

Erika Wawersig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Berichte und Mitteilungen

- 1.1 Tonnagebegrenzung auf 7.5 t der südlichen Fahrspur der Bremer Straße
 - Mitteilung R Straßen und Verkehr
- 1.2 Handlauf an der Treppe Verbindungsweg Am Eckbusch / Am Ringelbusch
 - Mitteilung R Straßen und Verkehr
- 1.3 Fehlende Markierung im Bereich Uellendahler Straße 70
 - Mitteilung R Straßen und Verkehr
- 1.4 Grünbewuchs in der Straße In den Siepen
 - Mitteilung R Grünflächen und Forsten
- 1.5 Änderung des Baurechts Westfalenweg
 - Schreiben von Anwohnern (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
- 1.6 Bebauung obere Girardetstraße
 - Schreiben von Anwohnern (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
 - Stellungnahme R Baurecht, Grundstücke und Wohnen
- 1.7 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Am Elisabethheim
 - Schreiben von Anwohnern (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
 - Zwischenbericht R Straßen und Verkehr
- 1.8 Baumfällung Kleingartenanlage Vogelsang
 - Mitteilung R Grünflächen und Forsten
- 1.9 Verkehrssituation Ecke Uellendahler Straße / Am Raukamp (Kaufpark-Gelände)
 - Stellungnahme R Straßen und Verkehr

2 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Keine Anfragen und Anregungen

3 Bezirksjugendrat

Der **BJR** hat keine Anfragen oder Anregungen.

4 Flächennutzungsplan der Stadt Wuppertal - Feststellungsbeschluss - Vorlage: VO/2314/03

Herr Walde stellt einleitend fest, dass der Flächennutzungsplan ein Steuerungsinstrumentarium für die nächsten 15 Jahre sein werde. Er enthalte flächendeckende Regelungen für die Stadtentwicklung und binde Träger öffentlicher Belange. Vorgaben aus dem Gebietsentwicklungsplan müssten allerdings Berücksichtigung finden.

Grundsätzlich stellt sich für die **CDU-Fraktion** nach Durchsicht der umfangreichen Unterlagen die Frage, wie man in der Verwaltung mit den Bedenken und Anregungen der Bürger umgehe. Erst in den letzten Tagen hätten die Bürger über Internet die Möglichkeit gehabt, sich über den Stand der Bearbeitung zu informieren. Dies müsse ihrer Auffassung nach verbessert werden. Hinsichtlich der einzelnen Flächen verweist sie auf den von ihr erarbeiteten Beschlussvorschlag.

Die **SPD-Fraktion** kann sich dem von der CDU vorgelegten Beschlussvorschlag anschließen und hofft auf Berücksichtigung der BV-Entscheidung in den anderen Gremien.

Herr Prof. Jacobi – Anwohner Zum Lohbusch – zeigt sich etwas erstaunt darüber, dass in den Abhandlungen der Verwaltung die Bedenken der Bürger zwar überwiegend akzeptiert worden seien, am Ende jedoch dem nicht entsprechende Beschlussvorschläge gemacht würden. Hinsichtlich der Fläche am Lohbusch solle der Investor schon Ausschreibungen getätigt haben, weil aus der Verwaltung angeblich die Aussage gekommen sei, dass diese Fläche auf jeden Fall Bauland werde.

Herr Walde stellt fest, dass die Frage „Bauland oder Grünfläche“ als gesamtstädtische Fragestellung gesehen werden müsse. Außerdem gehe dem Ergebnis immer ein Abwägungsprozess zwischen privatem und öffentlichem Interesse voraus.

Bei der Fläche am Lohbusch könne er Aussagen zu einer Tendenz Richtung Wohnbebauung nicht ausschließen, konkret sei aber sicherlich keine Aussage gemacht worden.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg verbleibt entsprechend den Beschlüssen zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes bei ihrer von den Vorschlägen der Drucksache abweichenden Auffassung in folgenden Fällen:

1. Kleine Höhe I.
Die BV spricht sich weiterhin gegen eine Ausweisung dieser Fläche als Gewerbegebiet aus.
2. südwestlich August-Jung-Weg.
Die BV spricht sich erneut gegen eine Ausweisung dieser Fläche als Wohnbaufläche aus.
3. Zum Lohbusch.
Die BV lehnt weiterhin die Ausweisung dieser Fläche als Wohnbaufläche ab.
4. Aprather Weg.
Es wird weiterhin angeregt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Golfabschlagplatzes zu schaffen.
5. Neuenbaumer Weg - West.
Die BV wiederholt ihre Anregung, die Fläche als Wohnbaufläche auszuweisen.
6. Auf m Hagen.
Die BV lehnt nach nochmaligem Bedenken auch die teilweise Ausweisung dieser Fläche als Wohnbaufläche aus Gründen des Landschaftsschutzes ab.

Die Bezirksvertretung erwartet die dieser Beschlusslage entsprechende Änderung des vorgelegten Flächennutzungsplanes.

Im übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Behandlung der während der öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplan-Entwurfes 2002 vorgebrachten Anregungen und die Behandlung der im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der nachbargemeindlichen Abstimmung abgegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis.

Sie erwartet, dass den Einwendern das Ergebnis der Behandlung ihrer Anregungen mitgeteilt wird und geht davon aus, dass dies auch bei Sammelanregungen in geeigneter Weise geschieht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

5 Landschaftsplanverfahren - Landschaftsplan Nord - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2383/03

Herr Rothgang macht einleitende Ausführungen und stellt fest, dass der Landschaftsplan 1. den Nutzern der Landschaft entsprechen und 2. rechtssicher sein müsse. Ein weiteres Ziel sei die Unterstützung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Herr Schröder ergänzt, dass im Landschaftsplan vorgesehene Maßnahmen nur im Einvernehmen mit den Eigentümern der Grundstücke umgesetzt werden könnten.

Die **CDU-Fraktion** kritisiert die schlechte Erkennbarkeit der Pläne und möchte wissen, ob es zutrefte, dass Eigentümer oder Pächter von Grundstücken von sich aus keine Veränderungen, die sie für notwendig erachten würden, vornehmen dürften.

Dem Antrag der BV Vohwinkel könne sie nur teilweise zustimmen und habe ihn daher abgeändert.

Die **SPD-Fraktion** vertritt die selbe Meinung wie die CDU-Fraktion. Im Rahmen des Landschaftsplanes sollten landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden.

Herr Schröder stellt ausdrücklich klar, dass der Naturschutz kein **notwendiges** Bauvorhaben verhindern könne. Ebenso seien sinnvolle und notwendige betriebliche Maßnahmen wie z. B. das Kälken im Wald zur Gesunderhaltung des Waldes auch weiterhin möglich.

Außerdem sollten alle Ackerflächen aus dem Landschaftsschutz herausgenommen werden.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg geht davon aus, dass der Schutz der Landschaft Mensch und Natur gleichermaßen dienen muss und sieht hierin keinen grundsätzlichen Widerspruch, wohl aber die Notwendigkeit zum Interessenausgleich. Sie erkennt an, welchen Beitrag die Landwirtschaft zum Schutz von Natur und Umwelt bisher erbracht hat und erwartet auch künftig ihre tätige Mitarbeit. Hierzu bedarf die Landwirtschaft einer Planungssicherheit, die auch künftige Änderungen im Rahmen der rechtmäßigen Nutzung ermöglicht.

Gleiches gilt auch für Einrichtungen, die der Erholung der Menschen in der Natur dienen. Sie unterstützt deshalb die „Leitlinien für die Wuppertaler Landschaftsplanung“ und erwartet ihre verbindliche Umsetzung. Sie regt deshalb an, bereits vorhandene Gaststätten, landwirtschaftliche Betriebe mit ihren Hofanlagen sowie die Verkaufs- und Verkehrsflächen von Gärtnereien und Baumschulen aus dem Landschaftsschutzgebiet mit besonderer Festsetzung und dem Naturschutzgebiet herauszunehmen und gleichermaßen mit Bahntrassen, Straßen und sonstigen rechtmäßig vorhandenen Verkehrswegen zu verfahren.

Zumindest sollte der Erläuterungsbericht mit einem entsprechenden rechtssicheren Zusatz versehen werden.

Zur Klarstellung sollte darüber hinaus in der Begründung zur Vorlage auf Seite 4, Absatz „Landwirtschaft“, Zeile 4, das Wort „können“ durch das Wort „werden“ ersetzt werden (das Wort „werden“ in Zeile 7 entfällt dann). Damit wird deutlich, dass eine beantragte Ausnahmeregelung nicht vom Wohlwollen des Bearbeiters abhängt, sondern erteilt wird, soweit die sonstigen baurechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Der Wegfall des besonderen Befreiungsverfahrens wird ausdrücklich begrüßt.

Die BV hat im Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes mehrere Anregungen zur Änderung gegeben, die zunächst auch im Landschaftsplan zu berücksichtigen wären. Sie regt deshalb folgendes an:

1. Kleine Höhe 1.
Die Festsetzung des Entwicklungszieles 6 - temporäre Erhaltung - sollte entfallen, da die BV ein künftiges Gewerbegebiet an dieser Stelle ausdrücklich ablehnt.
2. Zum Lohbusch.
Auch hier soll die Festsetzung des Entwicklungszieles 6 wegen der hier unerwünschten Wohnbaufläche entfallen.
3. südwestlich August-Jung-Weg.
Die Fläche sollte im Landschaftsplan so ausgewiesen werden, dass eine Bebauung ausgeschlossen ist.
4. Neuenbaumer Weg.
Eine Teilfläche südlich der Gärtnerei sollte zur Ermöglichung einer verträglichen Straßenrandbebauung aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgenommen werden.
5. Aprather Weg.
Die Festsetzung im Landschaftsplan sollte so erfolgen, dass die Ausweisung der Fläche als Golfabschlagplatz im Flächennutzungsplan erfolgen kann.
6. Auf m Hagen.
Die Festsetzung des Entwicklungszieles 6 sollte auch für die Teilfläche entfallen.

Im übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Behandlung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 27 c Landschaftsgesetz von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Bedenken und Anregungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebietsentwicklungsplanänderung für den Bereich Eskesberg / Pahlkestraße / Aprather Weg entsprechend der beigefügten Neufassung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 **Bebauungsplan Nr. 1021/1 -Uellendahler Str. / Am Haken-
Behandlung der vorgebrachten Anregungen
Satzungsbeschluss
Priorität 1
Vorlage: VO/2346/03**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1021/1 Uellendahler Str. / Am Haken- erfasst einen Bereich, welcher nördlich durch die Uellendahler Straße von Hausnummer 240 bis zur Straße Am Haken, südlich durch die Straße Bornberg von Hausnummer 79 bis zur Straße Am Haken, westlich durch das Grundstück Uellendahler Straße Hausnummer 212 und östlich durch die Straße Am Haken begrenzt wird – wie in der Anlage Nr. 03 graphisch dargestellt-
2. Die zur Offenlage des Bebauungsplanes in der Zeit vom 17.11.2003 – 17.12.2003 eingegangenen Anregungen werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung –wie sie in der Anlage 01 dargelegt sind- behandelt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 1021/1 –Uellendahler Str. / Am Haken- wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB als Anlage 02 beigefügt.
4. Die Teilung von Grundstücken im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1021/1 bedarf der Genehmigung durch die Stadt Wuppertal –wie in Anlage 04 dargelegt-

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

8 **Lichtzeichenanlage Uellendahler Straße / Röttgen / Weinberg
- mündl. Bericht**

Herr Blöser stellt fest, dass es an dieser Kreuzung eine äußerst unglückliche bauliche Situation gebe; trotzdem habe man versucht, die Einmündung so weit wie möglich sicherer zu machen. Seit dem 07. Mai vergangenen Jahres sei die neue Ampelanlage in Betrieb. Seit dem seien einige Änderungen im Programm

vorgenommen worden. Außerdem habe man den Haltebaken zurückgesetzt, um das Rotlicht besser erkennbar zu machen.

Die WSW hätten weitere Wünsche geäußert, um die Situation für den Busverkehr an der Einmündung Weinberg zu verbessern. U. a. gebe es die Überlegung, evtl. das Linksabbiegen aus der Straße Weinberg zu unterbinden.

Die **SPD-Fraktion** möchte wissen, wie sich seit der neuen Ampelschaltung die Unfälle entwickelt hätten. Sie sieht auch ein Problem darin, dass gerade Ortsfremde große Schwierigkeiten haben würden, diese Schaltung zu verstehen. Hinsichtlich des Linksabbiegeverkehrs aus dem Weinberg äußert sie Bedenken, diesen ganz zu unterbinden und schlägt stattdessen vor, die Haltelinie für Linksabbieger weiter zurückzusetzen.

Herr Blöser erklärt zu den Unfallzahlen, dass offensichtlich keine Zunahme zu verzeichnen sei, da ansonsten die Unfallkommission eingeschaltet worden wäre. Generell sei die gesamte Kreuzung signaltechnisch nicht optimal geschaltet, hier müsse man sehen, ob und wie eine Verbesserung erreicht werden könne.

Die **BV** bedankt sich für den Zwischenbericht.

**9 Parkscheibenregelung für 3 Stellplätze auf der Uellendahler Str.
Vorlage: VO/2302/03**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Die Bezirksvertretung erklärt sich einverstanden, dass die Maßnahme aus eigenen Mitteln finanziert wird (Entscheidung BV).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**10 Schließung von Hortgruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: VO/2408/03**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Bezogen auf die Einrichtung Am Jagdhaus 50 lehnt die Bezirksvertretung einen Beschluss über die Schließung zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Sie will vorab eine Klärung über die Versorgung der betroffenen Kinder in Ganztagsgrundschulen, auch unter Berücksichtigung der Schulferien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

11 Freie Mittel der BV

- Antrag der Grundschule Kruppstraße

- Antrag der Grundschule Birkenhöhe

Vorlage: VO/2463/04

Die **SPD-Fraktion** stellt die Frage, ob es nicht möglich sei, zukünftig **eine** Veranstaltung für alle Grundschulen im Bezirk durchzuführen. Das sei sicherlich kostensparend.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 22.01.2004:

Den Grundschulen Kruppstraße und Birkenhöhe wird **letztmalig** ein Betrag von je 150 € für das Projekt „Mein Körper gehört mir“ aus den freien Mitteln der BV zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

„Name“
Vorsitzende/r

Erika Wawersig
Schriftführer/in